

Bitte passen Sie das Formular auf Ihre jeweilige Situation an und entfernen Sie insbesondere die farbig hinterlegten Textpassagen.

Bitte beachten Sie bei der Klageerhebung folgende Hinweise:

- vorzugsweise per Zuleitung über Gerichtsbriefkasten,
- eine Klagschrift genügt, Überstücke für den Versand werden nicht benötigt,
- Blätter bitte nicht heften (Scan),
- Widerspruchsbescheid in Kopie reicht als einzige Anlage aus, wäre aber auch nicht erforderlich.
- Wenn Ihr Sachverhalt Besonderheiten aufweist, empfiehlt es sich, diese gleich im Betreff besonders hervorzuheben.

Falls Sie bereits Klage für ein Jahr erhoben haben und einen weiteren Widerspruchsbescheid für andere Jahre erhalten, empfehlen wir die Klagerweiterung.

Kl.: Name, Anschrift

Personal-Nr.

Aktenzeichen der Beklagten gem. Widerspruchsbescheid:.....

An

Verwaltungsgericht Hamburg

Lübeckertordamm 4

20099 Hamburg

Klage (bzw. Klagerweiterung im Verfahren XXX, nur dann hier Aktenzeichen Ihres bereits anhängigen Klagverfahrens eintragen)

Besoldungsklage 20XX

/ amtsangemessene Besoldung für das Jahr 20XX

/ Besoldungsgruppe R ..

/ Besonderheiten: Zuschlag für ...

In der Verwaltungsrechtssache neu oder XXX (hier ggf. Aktenzeichen Ihres bereits anhängigen Klagverfahrens eintragen)

[Name, Anschrift].....

- Kläger / Klägerin -

gegen

Freie und Hansestadt Hamburg

vertreten durch den Senat,

dieser vertreten durch das Personalamt,

Steckelhörn 12

20457 Hamburg

wegen: **Versagung höherer, amtsangemessener Besoldung für das Jahr 20XX**

erhebe ich/erweitere ich meine

Klage

mit dem Antrag

unter Aufhebung des Teilwiderspruchsbescheids vom und des
Ausgangsbescheids vom, soweit dieser Gegenstand des
Teilwiderspruchsbescheids ist,

festzustellen, dass meine Besoldung für das Jahr 20XX verfassungswidrig zu niedrig
bemessen ist.

Zum Verfahren rege ich an, aus der Vielzahl der zu erwartenden Klagen geeignete
Musterverfahren zu bestimmen und bis zu der dort erreichten Klärung das vorliegende
Klageverfahren auszusetzen.

Begründung:

I. Zum Sachverhalt

Ich bin im Jahr 20XX bei dem beklagten Land als beschäftigt gewesen und habe eine
Besoldung gemäß Besoldungsgruppe R- erhalten.

[hier ggfls.: Sachverhalt für Zuschlag (unterhaltsberechtigzte Kinder pp.)]

**Bereits für das Jahr 202X habe ich Klage erhoben, welche unter dem Aktenzeichen XXX
geführt wird.**

Meinen rechtzeitig gestellten Antrag auf amtsangemessene Besoldung für das Jahr 20XX hat
die Beklagte mit dem Ausgangsbescheid vom abgelehnt. Meinen Widerspruch hat die

Beklagte mit Teilwiderspruchsbescheid vom zurückgewiesen. Dementsprechend ist Klage geboten.

II. Zur Rechtslage

Zur Begründung der begehrten Feststellung nehme ich zunächst Bezug auf die Darlegungen im Ausgangs- und Widerspruchsverfahren. Der Hamburgische Besoldungsgesetzgeber berücksichtigt insbesondere die vergleichsweise hohen Lebenshaltungskosten im Stadtgebiet nicht angemessen, dies gilt vor allem auch für die Kosten der Unterkunft. Zu beachten sind zudem insbesondere die stark gestiegenen Kosten der privaten Krankenversicherung.

Mit der Klage wird vorsorglich ergänzend zu der in der Sache maßgeblichen Feststellung auch die Aufhebung der formal entgegenstehenden Bescheide begehrt (vgl. zu entsprechenden Anträgen BVerwG, Beschluss vom 22. September 2017, 2 C 56/16 et al., BVerwGE 160, 1).

[Unterschrift]